

Schweiz

«Wir haben den Verkauf von Bunkern gestoppt»

Schweizer Armeechef Thomas Süssli will das Militär voll auf Verteidigung ausrichten. Er sagt, welche Massnahmen er seit dem Ukraine-Krieg getroffen habe. Und dass der Kauf von Kamikazedrohnen geprüft werde.

Larissa Rhyn und Beni Gafner

Herr Süssli, Sie kommen aus der Bankenwelt, Sie sind Cyberpezialist. Nun soll die Armee wieder für einen Abwehrkrieg gestählt werden. Sind Sie der Richtige für den Job?

Keiner von uns kann alles allein. Man muss die richtigen Leute einbeziehen und gemeinsam Lösungen erarbeiten. Das ist ein guter Führungsstil, und zwar unabhängig davon, ob man in einer Bank arbeitet oder in der Armee.

Welche Sofortmassnahmen haben Sie als Reaktion auf den Ukraine-Krieg getroffen?

Wir haben zum Beispiel den Eigenschutz erhöht. Wir müssen immer zuerst unsere Unterkünfte und Lager schützen, bevor wir andere schützen können. Auch die Spionageabwehr haben wir verstärkt. Weitere Massnahmen, über die ich nicht im Detail sprechen möchte, haben wir bei der Bevorratung getroffen und bei der Infrastruktur.

Will man künftig auch verhindern, dass ein Gegner die Armee mit wenigen Bombenangriffen ausser Gefecht setzen könnte?

Genau. Wir dezentralisieren vermehrt, damit haben wir bereits angefangen. Die Luftwaffe wird trainieren, wieder improvisierte Air-Base-Standorte zu betreiben.

Haben Sie einen Verkaufsstopp für alte Bunker verhängt?

Ja, wir haben den Verkauf der Bunker gestoppt. Zurzeit gehen wir nochmals durch den ganzen Katalog der Führungs- und Kampfanlagen. Dazu gehören auch jene, die schon deklassifiziert sind, deren Standorte also bekannt sind. Wir müssen das nehmen, was wir haben.

Aber die Pläne vieler Bunker sind doch öffentlich bekannt?

Ja, einige der Standorte sind bekannt. Aber auch diese Anlagen können weiterhin einen militärischen Nutzen haben, wenn wir in einer bestimmten Region viele davon besitzen.

Was war der grösste Denkfehler, den Ihre Vorgänger begangen haben?

Ich glaube nicht, dass es einen Denkfehler gab. Heute ist die Welt eine andere. Die Armee untersteht immer dem Primat der Politik. Alle Entscheide hatten jeweils eine politische Grundlage.

Das heisst, die Denkfehler wurden in der Politik begangen?

Ich würde nicht von Denkfehlern sprechen. Über die Armee 21 haben wir abgestimmt. Über 70 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer haben Ja gesagt. Das heisst, der Entscheid war legitim, wenn man ihn an der damaligen Auffassung der Bedrohung misst. Jetzt hat sich die Welt verändert, sie verändert sich weiter.

Halten Sie ein Szenario, in dem russische Panzer

in die Schweiz einfallen, tatsächlich für realistisch?

Die Armee darf nicht in konkreten Szenarien denken. Würden wir das tun, lägen wir wahrscheinlich immer falsch. Wir müssen uns an der Bedrohung ausrichten. Das klingt abstrakt. Aber Bedrohung ist das Produkt aus dem militärischen Potenzial und der Absicht, dieses einzusetzen. Wir richten uns nach dem Potenzial. Absichten können sich rasch ändern. Das haben wir in der Geschichte immer gesehen, zuletzt im Ukraine-Krieg. Das militärische Potenzial wächst im Umfeld der Schweiz und auch weltweit. Und darauf richten wir uns aus. Was heute erforscht, erprobt und von anderen Streitkräften beschafft wird, ist das, was die Schweiz in den 2030er-Jahren bedrohen könnte.

«Wir müssen das nehmen, was wir haben.»

Im Ukraine-Krieg spielen Drohnen eine zentrale Rolle. Die Schweiz ist seit Jahren damit beschäftigt, nur schon eine Handvoll Aufklärungsdrohnen zu beschaffen. Wieso investieren Sie nicht massiv in billige Drohnen?

Unsere Truppen verfügen bereits über Drohnen, das ist kaum bekannt. Das Heer hat ein neues Drohnen- und Robotikzentrum. Es hat die Aufgabe, off-the-shelf einzukaufen, sprich Produkte, die es auf dem Markt gibt, und Einsatzverfahren zu entwickeln.

Wie viele Drohnen sind bei der Armee denn im Einsatz?

Insgesamt sind es rund 90 Mikro- und 10 Minidrohnen. Weitere werden laufend beschafft. Hinzu kommt das Aufklärungsdrohnensystem der Luftwaffe, davon werden künftig sechs Stück im Einsatz sein. Alle unsere Truppen trainieren mit Drohnen, sie können damit Informationen beschaffen.

Aber Sie haben noch keine Kampfdrohnen.

Nein, aber wir haben den Auftrag, die Beschaffung von sogenannter Loitering-Munition zu prüfen. Die könnten wir sogar in der Schweiz entwickeln.

«Loitering-Munition» sind Kamikazedrohnen. Und dazu forscht die Schweiz bereits?

Die Schweiz ist glücklicherweise ein Hightechstandort. Sie gehört zu den führenden Ländern in der Drohnentechnologie und der Robotik. Es wäre schade, davon nicht auch militärisch Gebrauch zu machen. Zurzeit passiert das aber noch nicht.

Wollen Sie auch mehr Soldatinnen und Soldaten?

Wenn wir nur schon anschauen, wie viel kritische Infrastruktur die Armee in der Schweiz bei



Armeechef Thomas Süssli vor seinem Büro im Bundeshaus Ost. Foto: Beat Mathys (Tamedia)

erhöhter Bedrohung schützen müsste: Dafür würde die gesamte Infanterie heute nicht ausreichen. Eine unserer Ideen ist es, die Dienstdauer für gewisse Kräfte zu verlängern, aber gleichzeitig die Anzahl Dienstage pro Jahr zu reduzieren. Dies wäre künftig möglich bei Truppen, die mit leichteren Mitteln ausgestattet werden. Damit würde der Armeebestand steigen. Aber wir haben immer noch jährlich etwa 11'000 Abgänge aus der Armee, entweder zum Zivildienst oder aus administrativen und gesundheitlichen Gründen. Daher sind wir der Meinung, es braucht zuerst ein neues Dienstpflichtsystem für Armee und Zivilschutz.

Der Mann für Cybersicherheit

Thomas Süssli führt die Armee seit Anfang 2020. Zuvor war er Chef der Führungsunterstützungsbasis und damit für Cybersicherheit zuständig. Bevor Süssli 2015 Berufsoffizier wurde, war er lang im Bankensektor tätig, unter anderem bei der UBS, der Credit Suisse und Privatbanken. (red)

Die letzten Armeereformen scheiterten auch am Geld. Haben Sie Rückendeckung von Bundesrat und Parlament?

Parlament und Bundesrat werden auch in Zukunft jedes Jahr entscheiden, wie viel Geld für die Armee eingesetzt wird. Wir sagen, dass es bis zur vollen Wiedererlangung der Verteidigungsfähigkeit etwa 40 Milliarden braucht. Dazu kommen acht bis zehn Milliarden für den Aufbau von Reservaten. Das heisst, insgesamt sind es rund 50 Milliarden.

Die Linke wirft Ihnen Schönfärberei vor, weil Sie von 50 Milliarden sprechen, aber mit Betriebskosten rund 100 Milliarden benötigen werden. Weshalb weisen Sie die Kosten nicht transparent aus?

Wir weisen klar aus, wie hoch die Investitionen sind. Der Ersatz aller heutigen Systeme kostet rund 40 Milliarden. Dieser Betrag sollte bis 2040 zusammenkommen. Wir planen all diese Investitionen im Rahmen des jährlichen Armeebudgets. Das Parlament hat letztes Jahr dessen Erhöhung auf ein Prozent des BIP beschlossen.

Kann die Schweiz ihre Partner vor den Kopf stossen, indem sie ihnen die Wiederausfuhr von Waffen untersagt, und zugleich erwarten, dass ihr diese Länder im Ernstfall zu Hilfe eilen?

Die Zusammenarbeit, vor allem mit den Nachbarländern, ist seit dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs gleich gut geblieben.

Geht es um die internationale Kooperation, bleiben Sie schwammig. General Guisan liess mit Frankreich exakte Verteidigungspläne ausarbeiten.

Schon General Guisan hatte den Auftrag, die Verteidigung autonom zu führen. Aber wäre die Schweiz angegriffen worden, wäre die Neutralität hinfällig geworden. Guisan sollte sich darauf vorbereiten, in diesem Fall eine Kooperation einzugehen – über die dann der Bundesrat entschieden hätte. Dieses Prinzip ist noch heute so. Wir müssen sicherstellen, dass es die Option einer Zusammenarbeit gibt. Dafür müssen wir Interoperabilität aufbauen, damit wir im Notfall mit anderen Streitkräften zusammenarbeiten könnten. Das

geht nicht einfach so (schnippt mit den Fingern).

Was bietet die Schweiz im Gegenzug den Nato-Staaten?

Nicht zu unterschätzen ist unser Kontingent in Kosovo. Das ist ein Nato-Einsatz, der ein UNO-Mandat hat. Wir leisten dort einen wichtigen Beitrag und beabsichtigen, noch zusätzliche Aufgaben zu übernehmen.

Welche?

Dazu sind wir im Gespräch, es gibt noch keine Entscheide. Es gibt im Departement zudem eine Arbeitsgruppe, die Massnahmen zur Zusammenarbeit prüft.

Können Sie konkreter werden?

Im Bereich Cyber oder ABC, also atomar-biologisch-chemischer Abwehr, könnte die Schweiz mitwirken. Hier kann die Schweiz viel Expertise beitragen.

Müsste künftig wieder mehr Kriegsmaterial in der Schweiz produziert werden, damit die Schweizer Armee weniger abhängig vom Ausland ist?

Das ist eine politische Frage. Die Schweizer Armee ist allerdings mit ihrem Budget zu klein, um eine autonome Rüstungsindustrie zu unterhalten. Für uns ist vor allem wichtig, dass wir die Kompetenz für den Unterhalt von Waffensystemen in der Schweiz behalten können. Das reicht aber für die Rüstungsindustrie vermutlich nicht, und sie muss noch andere Geschäfte mit dem Ausland machen können.

Sie wollen auch mehr Vorräte anlegen. War es ein Fehler, die Munitionssparte der Ruag zu verkaufen?

Das war ein politischer Entscheid. Es wäre gut, wenn die Schweiz bei der Munition eine gewisse Autonomie hätte. Aber wir werden nie autark sein. Und im Fall einer Krise, wenn die Grenzen geschlossen sind, hätte eine Schweizer Firma vermutlich auch Schwierigkeiten, zu produzieren. Deswegen legen wir mehr Vorräte an. Beim F-35 werden wir Ersatzteile für sechs Monate auf Lager haben. Analog werden wir für viele Waffensysteme die Bevorratung erhöhen.

Haben Sie die Munitionsvorräte vergrössert?

Dazu kann ich nichts sagen.

Aber wir gehen davon aus, dass es nicht weniger geworden ist.

Dort hinten in meinem Safe hat es eine Liste. Da würde das draufstehen. Aber die nehmen wir jetzt nicht raus. (lacht)

Heisst das, weil man in der Schweiz keine Munition mehr herstellen kann, muss die Armee viel mehr davon horten?

Irgendwo braucht man sowieso einen Vorrat. Auch die Rohprodukte müsste jemand an Lager haben, wenn die Munition in der Schweiz produziert würde. Deswegen legen wir jetzt mehr Munitionsvorräte an – respektive wir werden sie anlegen.